

halesche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag abgesehen vom Sonntag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 3 Mark, vierteljährlich 9 Mark, halbjährlich 16 Mark, jährlich 30 Mark. Einzelhefte 10 Pfennige. Die Anzeigen werden nach Platz und Zeit berechnet. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste veröffentlicht. Die Redaktion ist in Halle, Marktstraße 11, zu erreichen. Telefon 2111. Fernschreiber: 2111. Postfach: 2111. Druckerei: H. G. Schönbach & Co. Halle a. S.

Die Anzeigen werden nach Platz und Zeit berechnet. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste veröffentlicht. Die Redaktion ist in Halle, Marktstraße 11, zu erreichen. Telefon 2111. Fernschreiber: 2111. Postfach: 2111. Druckerei: H. G. Schönbach & Co. Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Hamburger Verein für Luftfahrt nahm im Rahmen einer eindrucksvollen Feier-Gebührensfeier eine Entscheidung an die Reichsregierung in welcher gegen die rechtliche Behandlung Deutschlands in der Luftfahrt protestiert und verlangt wird, daß die sogenannten Begriffsbestimmungen aufgehoben werden. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die deutsche Regierung diesem rechtlichen Zustand sofort entgegentritt.

* Die Goodbear Company in New York, die den Zepplinfabrikanten Zeppelin gewonnen hat, wird einige Serien von Luftschiffen für Handelszwecke bauen zum Dienst zwischen Amerika und Europa. Das amerikanische Postministerium will einen transatlantischen Postdienst einrichten.

* Die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften haben beschlossen, für den Ruhrbergbau am 30. November die Arbeit zu unterbrechen. Am 31. Januar nächsten Jahres zu kündigen.

* Die vier Bergarbeiterverbände haben beschlossen den Lohnstreitgespräch für den Bergbau anzunehmen.

Herriots Kabine „gefährdet“?

Befestigungskandal in der französischen Kammer.

Der französische Abg. Taittinger macht in der Pariser „Liberte“ neue aufsehenerregende Angaben über die Befestigung von Wittigern des Kabinetts Herriot während der letzten Wahlkampagne.

Dem Handelsminister Renaudin behauptet er, daß dieser am 6. November 1923 von dem Senatoren Billiet, dem Vorsitzenden der rechtsgerichteten Vereinigung der Wirtschaftsfunktionären, einen Scheck (Nr. 32 201) über 10 000 Fr. zur Befestigung der Wahlen entgegengenommen habe. Renaudin hätte demnach das Programm der Vereinigung der Wirtschaftsfunktionären reiflos aufgegeben.

Die Enthüllungen Taittingers haben in politischen Kreisen starken Eindruck gemacht. Die Stellung des Kabinetts Herriot gilt, wie auch der „Antantist“ zu verlesen ist, als gefährdet. Es wird damit gerechnet, daß die Mitarbeiter Herriots, die Gelder aus der Wahlkasse des Senators Billiet erhalten haben, aus dem Kabinett auscheiden. Alles deutet darauf hin, daß die heutige Aussprache die Entscheidung bringen wird. Der sozialistische Abgeordnete Jean Felix verlangte in längerer, befähigt von Zwischenrufen unterbrochener Rede, Abstand von der Regierung über die Enthüllungen der „Liberte“.

Man betrachtet die Situation als

kritisch und erklärt, daß Herriot große Gefährdung an den Tag legen muß, um das Vertrauen seines Kabinetts zu retten.

Die Lage wird dadurch gefährdet, daß auch das das Befestigen der Wittigern im Wahlkampfgebiet große Erregung verursacht, daß die Teuerung und die entsprechenden Gehaltsforderungen der Beamten und Militärs weiter steigen und daß das Militär anlässlich der Überführung der Wahlen des Sozialistenführers Saurès im Hinblick auf die Haltung der Regierung schwer getränkt wurde, ohne daß Herriot einschritt.

* Vorläufig scheint die erste Gefahr für Herriot abgemindert zu sein. Die Kammer nahm einstimmig einen Antrag zur Einleitung eines Untersuchungsausschusses an. Loucheur brachte folgenden Zusatz ein: Die Kommission hat die Bestimmung der Beträge festzustellen, die allen Parteien 1924 zur Verfügung gestellt wurden. Eine Untersuchung der Parteien ist nur, daß die Unterführung sich auf die Zeit von 1918 bis 1924 erstrecken solle. Blum protestierte dagegen. Der Vorschlag wurde mit 299 gegen 246 Stimmen abgelehnt. Im Verlauf der Debatte behauptete Herriot, daß die Unterführung sich auf sämtliche Parteien erstreckt.

Die Frauen und die kommenden Wahlen.

Von Katharina von Dehm.

Frau Katharina von Dehm, die sich als Mitglied der Deutschen Volkspartei im früheren Reichstag ihre mitwirkungslos betätigt hat, spricht von den folgenden Wahlen an die Wählerinnen, den wir sehr gern zum Ausdruck bringen.

Zum zweiten Male in diesem Jahre ergeht an das deutsche Volk die Aufforderung, seinen politischen Willen durch Neuwahlen zum Reichstage am Ausbruch zu bringen. Viele haben das Gefühl, daß dies Fall des Guten zu viel ist. Vor allem die Frauen, die wohl noch mehr als die Männer im Kleinen und Kleinen mit den Sorgen des armen Volkes zu kämpfen haben, werden dieses ernste Aufsehen der Wählerinnen ziemlich überfällig finden. Und doch handelt es sich gerade wieder um die lebensdienlichen Interessen vor allem der Frauen bei diesen Wahlen, gerade sie müssen ihren rechten Einfluß geltend machen. Der gute Beispiel vorangehen und die Männer durch ihre rege Beteiligung anbahnen, es ihnen abzurufen. Der neue Reichstag wird vor Aufbruch gehen werden, deren rechte Lösung auch für die Fraueninteressen von grundlegenden Bedeutung ist. Ihren Auswirkungen sind in die alltäglichen Arbeitsgebiete der Frauen ertränkt.

Lebende des Frauen sind durch die Erneuerung ihres Geldes der unmittelbaren Art ausgespart worden. Sie sind gezwungen, Arbeiten zu verrichten, die sie früher von Diensthöfen erledigen ließen. Statt wie früher, nur sich überhört zu gehen, müssen heute unzufriedene Frauen selbst die Nadel und die Schere in die Hand nehmen und sich an die Nähnähmaschine setzen. Viele Frauen haben schon seit Jahren auf dem Markt keine verdienen müssen und mussten das ganze Jahr hindurch in der Stadt bleiben — andere, die auf dem Lande wohnen, konnten vielleicht nicht ein einziges Mal in die Stadt fahren, um sich dort zu unterrichten und in öffentlichen Darstellungen zu erheben. Denn sie hatten nicht das nötige Kleingeld dazu. Bei Arbeitstagen wollen sie oft nicht, außer das Geld für den Markt nehmen, die Kosten der Kleider, Studien und das Schulmaterial der Kinder hindert oft nicht aufzubringen. Die Lösung all dieser Fragen hängt aber auf das allererste zusammen mit den Aufgabungen, die der neue Reichstag lösen soll.

Da ist zunächst die Aufwertungssache, die den neuen Reichstag die ersten beschäftigen wird. Von der Art ihrer Lösung wird es abhängen, ob die Frauen in der Zukunft in den öffentlichen und Gemeinwesen, in Obligationen, Hypotheken aller Art usw. aneignet haben, so gut wie alles verlieren werden, oder ob ihnen ein, wenn auch kleiner, aber allen großen Teil davon zurückgegeben wird.

Weitlich steht es mit anderen Frauen unterer Mittelschichten, die der Reichstag behandeln wird. Die Frauen des Reichs sind in ganz besonderer Bedeutung gerade auch für die Probleme etwa der Hausfrauen. Werden die Frauen billiger zu werden, so werden auch die Kosten der Lebensmittel, die in der Welt der Welt so nicht erbig ist, zu sinken. Und wie sehr es auch heute auf jeden einzelnen Pfennig ankommt, davon weiß jede Hausfrau ein Lied zu singen. Nicht nur der Vertriebspreis, sondern auch der Preis für alle Frauen (und natürlich auch andere Frauen) die wichtige Höhe der Preise, sondern auch die Steuerlast, die Zollpolitik, der Reichsfinanzplan, die Höhe der Umfassener für die Entwicklung der Preise ist. Und auch die Frauen, die den durch die Umfassener behinhalten, sind auf die Vorsteuer und den Wert der Waren auf die Vorsteuer und den Wert der Waren, die Höhe der Einkommensteuer ist auch für die Frauen äußerst wichtig, sie ist nun, das ist nun, das Einkommen des Mannes handelt, aber das ist eine sehr erwerbsfähige Frau einen gewissen Prozentsatz ihres Verdienstes an den Staat abzuführen muß. Es hat gerade und vor allem auch die Frau auf Schritt und Tritt, auch in ganz persönlichen Angelegenheiten, es mit den Auswirkungen der Steuerpolitik des Staates zu tun.

Doch ebenso verhält es sich mit der Zollpolitik, Deutschland ist auf die Getreideimporte angewiesen, muß dafür aber beträchtlich mehr an Industrieerzeugnissen ausführen, damit ein Teil des Geldes, das wir dem Ausland für kein Geld erwerben, nicht in die Hände der Fremden eingeschoben wird, die das Ausland für unsere Ausfuhrartikel an uns entrichten muß. Die Zollpolitik des Auslandes wird uns in ganz besonderer Weise im Zollfragen dem Ausland zu entnehmen. In enger Verbindung hiermit steht einerseits unsere Handelspolitik im Innern, andererseits unsere auswärtige Politik.

Vor allem auch die neue Reichstagskommission von grundlegenden Bedeutung sein. Denn von ihr werden es ja sehr wesentlich abhängen, ob und wann das deutsche Volk den Reichstag wieder wählen darf, die in den internationalen Beziehungen für uns ergibt, so wird es endlich auch dem deutschen Volk seine Würdigung sein.

In den Kreisen Steinfurt und Tecklenburg wurde unter Führung der Beteiligten vom preussischen Landwirtschaftsminister eine Anzahl angesehener und in der Hinsicht begriffener Gemehrungen beauftragt. Dabei wurde festgestellt, daß die Zusammenlegungen heute im Interesse der Steigerung unter landwirtschaftlichen Erzeugung besondere Förderung verdienen, was erwidert werden auch von den am Verfahren beteiligten Landwirten rückhaltlos bejaht wurde.

Gilbert und die Reparationskommission.

Paris, 29. Nov. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reparationskommission hat gestern vormittag den Generalagenten für die Reparationszahlungen, Gilbert, gehört. Laut einer offiziellen Mitteilung bezieht sich Gilbert über eine Revision in Berlin und gab Aufschluß über die Durchführung. Daran schloß sich ein Meinungswechsel zwischen dem Mitglied der Kommission und Gilbert über verschiedene Fragen, zu deren Lösung ein Zusammenkommen zwischen der Reparationskommission und dem Generalagenten erforderlich ist. Gilbert hat die Reparationskommission einen Auftrag zugewiesen, der die Einfuhr von 2300 Tonnen Getreide und 300 Tonnen Schmelzmaterial nach Frankreich auf Reparationszahlungen für die Monate November und Dezember 1924 vorsieht. Gilbert betonte den guten Willen der deutschen Regierung. Die Ausführung des Sachverhaltsberichtes vollziehe sich planmäßig und die Monatsleistungen auf das pünktlichste. Er habe sogar Beträge zu seiner Verfügung, deren Verwendung ihm nicht ohne weiteres erlaßt ist.

Es wird die Aufgabe der internationalen Finanzminister sein, im Verlauf ihrer Besprechungen die genaue Verteilung der einzelnen Beträge zu regeln. Bis dahin beabsichtigt der Generalagent, aus diesen Beträgen u. a. die Rückführung der Reparationszahlungen zu leisten. Dann sei er künftig direkt an die deutschen Kaufleute leisten wird. Weiter hat sich der Generalagent ausführlich über komplizierte Währungsfragen geäußert. Bei der Frage der Kohlenlieferungen erklärte Gilbert die Schwierigkeiten, einen genauen Verrechnung der bereits geleisteten Lieferungen. Er deutete die Möglichkeit an, daß gewisse Nationen, mehr als ihnen zusteht, an Kohlen erhalten haben. Auch in dieser Frage werde die Konferenz der internationalen Finanzminister Klarheit schaffen müssen.

Gilbert wird wahrscheinlich heute nach Berlin zurückfahren, da er am Sonntag an der Sitzung des Übertragungsausschusses in Berlin teilzunehmen beabsichtigt.

Unklare Tage in Ägypten.

Nach einem amtlichen Bericht aus Kairo weigern sich die ägyptischen Offiziere und Truppen in Chartum, den Sudan zu verlassen. Der diensttuende Kommandant habe geäußert, er müsse erst den Befehl der ägyptischen Regierung abwarten, ehe er den Sudan räumen könne. Infolgedessen haben die englischen Truppen die ägyptischen Truppen im Sudan umzingelt. Die Verwaltung von Chartum hat Befehle aus Kairo erhalten.

Nach einer Weitermeldung aus Kairo meinten heute zwei Abteilungen des ersten indischen Infanterieregiments in Chartum, überließen das Militärhospital und zöten einen englischen und zwei indische Ärzte. Die englischen Truppen feuerten auf die Meuterer, die ermittelte Verluste erlitten.

Eine antichinesische von amtlicher englischer Seite kommende Meldung behauptet, daß der Befehl Kairo zum Zurückziehen der ägyptischen Einheiten aus dem Sudan glatt vollzogen wird.

Times melden aus Konstantinopel: Das Blatt „Le Figaro“ schreibt, die britische Aktion in Ägypten bedeute einen Angriff auf den Islam, und legt voraus, daß der Kampf für die Unabhängigkeit ebenso wie in Spanisch-Marokko weitergehen werde. Die gleiche Feindseligkeit zeige das Blatt „Al-Hisab“, das erklärte, daß die Zeitraume des ganzen Reichs für das Bedrohen eines einzelnen Reichs in die Vergangenheit sei, daß die Türken, die eine kritische Situation erleben, volles Mißgefühl mit den Ägyptern hätten.

Nach einer Meldung aus Mailand sollen mit dem 1. Januar 51 weitere deutsche Privat Schulen in Sizilien geschlossen werden.

„Corriere della Sera“ berichtet aus Mailand, daß in der Mitte Brantano 2000 Arbeiter der dortigen Denkmälerarbeiten wegen Nichtdurchführung des Tarifabkommens vom 25. Oktober in den Ausstand getreten seien.

Das stimmt ja alles ganz schön und gut, aber eigentlich ist es doch unerhört, wie man in der heutigen „demokratischen“ Zeit die Völker mit solchen Mitteln unterwerfen will. Denn man muß allen die gleichen Ausweisungen, wenn man über die allein entscheidende Frage, ob Gilbert die Ausfuhrabgabe von 26 Prozent für zulässig hält oder nicht, keine Silbe erzählt. Freilich, das Schlimmste ist ja doch eine Antwort, und so wird es immer bald die beiden der unangenehme Fehler der deutschen Republik, Gilbert L. genannt, „Der Neutrale“, sich jene Stellungnahme vorbehaltlich, von Fall zu Fall so zu entscheiden, wie es den Interessen der Finanzgruppen in Amerika entspricht. Die beiden langen Namen als „Agenten“ auf den deutschen Thron gesetzt haben. Kein Wunder, wenn das deutsche Volk immer tiefer wird über das, was unsere „republikanischen“ Regierung ihm alles befehlen haben, und wenn es am 7. Dezember einen Meinungsäußerungsausschuss abgibt, um dem brautendsten und höchsten Gefährten vorzulegen, wie die Revolution ansetzt: hoch — oder — am besten.

Frankreich lehnt die englische Orientpolitik ab.

Der Pariser „Cclair“ berichtet über eine Unterredung des englischen Botschafters mit Herriot folgendes: „Lord Crewe hat versucht, die Absichten Herriots gegenüber der islamistischen Bewegung zu erörtern. Er hat darüberhört, daß eine gemeinsame französisch-englische Politik hervorragende Ergebnisse zeitigen, und namentlich die Lage in Tunis und Syrien günstig beeinflussen könne. Zum Schluß regte Lord Crewe in bestimmter Form an, daß die alliierten Regierungen die Unterredungen erließen, die die Bildung einer gemeinsamen politischen Front gegenüber der Türkei ermöglichen. Der englische Botschafter hat eine weitgehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Orientpolitik vorgeschlagen. Wie das Blatt weiter zu wissen glaubt, ist Herriot abgeneigt, den englischen Plänen Gehör zu schenken.“

Die schiedsrichterliche Regierung beabsichtigt, nach Neujahr ungefähr 30 000 Beamte und Angestellte aus dem Staatsdienst in die Kriegsmarine oder in andere Dienststellen zu entlassen. Es ist zu befürchten, daß davon in erster Linie deutsche Beamte betroffen werden.

Stüme im ungarischen Parlament.

In der ungarischen Nationalversammlung kam es gestern in einer Debatte über die Pensionenunterstützung des Sekretärs des verstorbenen Bauernministers Szabo zu Handlungen. Der oppositionelle Abgeordnete Györfi beabsichtigte den Ministerpräsidenten Grafen Bethlen und den Arbeitsminister der falschen Jugendausgabe. Als Györfi weiter sprechen wollte, unterbrach der Präsident die Sitzung, sechs bewaffnete Parlamentsgardisten betreten den Saal und schleppten den Abgeordneten Györfi hinaus. In den Wandlungen stellen sich den Gardisten mehrere oppositionelle Abgeordnete entgegen, und es kam zu einer heftigen Schlägerei. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden noch 19 Abgeordnete durch Militär aus dem Saal entfernt.

Gestern haben zwischen Danzig und Polen die Verhandlungen über die Konfliktfragen begonnen. Es handelt sich um den Status Danziger Staatsangehöriger und die Vertreibung der Danziger Handelsmission im Ausland. Die Verhandlungen werden auf der Grundlage des Danziger Vertrags abgemacht sein.

Nach 35stündiger Verhandlung hat das estnische Reichspräsident in Reval von 148 angelegten Kommissaren sieben und die übrigen zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt.

Nach einer Zusammenkunft aus Moskau ist Quaini, der frühere Sowjetbotschafter in der Türkei und Mitglied des Exekutivkomitees der Roten Republik, zum Führer der Wirtschaftsabteilung an der Pariser Botschaft der Sowjets ernannt worden.

Die australische Regierung hat den Vorstoß der britischen Admiralität, im nächsten Februar in Singapur eine Konferenz abzuhalten, sowie die Seefahrtstritte bei dieser Gelegenheit dort zu konzentrieren, abgelehnt. Die Konferenz soll ein Zusammenarbeiten der australischen Flotte mit dem britischen Flottenkommando sowie anderen britischen Seefahrtstritten in den stillen Gewässern in die Wege leiten.

Die Lösung all dieser Fragen hängt aber auf das allererste zusammen mit den Aufgabungen, die der neue Reichstag lösen soll. Da ist zunächst die Aufwertungssache, die den neuen Reichstag die ersten beschäftigen wird. Von der Art ihrer Lösung wird es abhängen, ob die Frauen in der Zukunft in den öffentlichen und Gemeinwesen, in Obligationen, Hypotheken aller Art usw. aneignet haben, so gut wie alles verlieren werden, oder ob ihnen ein, wenn auch kleiner, aber allen großen Teil davon zurückgegeben wird.

Weitlich steht es mit anderen Frauen unterer Mittelschichten, die der Reichstag behandeln wird. Die Frauen des Reichs sind in ganz besonderer Bedeutung gerade auch für die Probleme etwa der Hausfrauen. Werden die Frauen billiger zu werden, so werden auch die Kosten der Lebensmittel, die in der Welt der Welt so nicht erbig ist, zu sinken. Und wie sehr es auch heute auf jeden einzelnen Pfennig ankommt, davon weiß jede Hausfrau ein Lied zu singen. Nicht nur der Vertriebspreis, sondern auch der Preis für alle Frauen (und natürlich auch andere Frauen) die wichtige Höhe der Preise, sondern auch die Steuerlast, die Zollpolitik, der Reichsfinanzplan, die Höhe der Umfassener für die Entwicklung der Preise ist. Und auch die Frauen, die den durch die Umfassener behinhalten, sind auf die Vorsteuer und den Wert der Waren auf die Vorsteuer und den Wert der Waren, die Höhe der Einkommensteuer ist auch für die Frauen äußerst wichtig, sie ist nun, das ist nun, das Einkommen des Mannes handelt, aber das ist eine sehr erwerbsfähige Frau einen gewissen Prozentsatz ihres Verdienstes an den Staat abzuführen muß. Es hat gerade und vor allem auch die Frau auf Schritt und Tritt, auch in ganz persönlichen Angelegenheiten, es mit den Auswirkungen der Steuerpolitik des Staates zu tun.

Doch ebenso verhält es sich mit der Zollpolitik, Deutschland ist auf die Getreideimporte angewiesen, muß dafür aber beträchtlich mehr an Industrieerzeugnissen ausführen, damit ein Teil des Geldes, das wir dem Ausland für kein Geld erwerben, nicht in die Hände der Fremden eingeschoben wird, die das Ausland für unsere Ausfuhrartikel an uns entrichten muß. Die Zollpolitik des Auslandes wird uns in ganz besonderer Weise im Zollfragen dem Ausland zu entnehmen. In enger Verbindung hiermit steht einerseits unsere Handelspolitik im Innern, andererseits unsere auswärtige Politik.

Vor allem auch die neue Reichstagskommission von grundlegenden Bedeutung sein. Denn von ihr werden es ja sehr wesentlich abhängen, ob und wann das deutsche Volk den Reichstag wieder wählen darf, die in den internationalen Beziehungen für uns ergibt, so wird es endlich auch dem deutschen Volk seine Würdigung sein.

